

Hanna Kaspar · Harald Schoen · Siegfried Schumann
Jürgen R. Winkler (Hrsg.)

Politik – Wissenschaft – Medien



Hanna Kaspar · Harald Schoen
Siegfried Schumann
Jürgen R. Winkler (Hrsg.)

Politik – Wissenschaft – Medien

Festschrift für Jürgen W. Falter
zum 65. Geburtstag



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2009

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2009

Lektorat: Frank Schindler

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-16621-6

Inhalt

Einleitung 9

1. "Wer wählt rechts?" (Falter 1994) oder: Rechtsextremismus, Faschismus und Fremdenfeindlichkeit

Arbeiter, Arbeitslose, Asylbewerber: Die Wahl der Extremen Rechten heute im
Lichte der Ergebnisse historischer Wahlforschung
Kai Arzheimer 15

An Interest-Based Examination of the Social Origins of Interwar Fascism
William I. Brustein 33

Die Bedeutung von Item-Nonresponse für die Messung von rechtsextremen
Einstellungen
Richard Stöss 47

Fremdenfeindlichkeit durch Zuwanderung?
Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik
Cornelia Weins 67

Antisemitismus und Nationalsozialismus.
Friedrich Nietzsches Einstellungen zu Juden und dem politischen Antisemitismus
Jürgen R. Winkler 85

Keine Freiheit den Feinden der Freiheit?
Verfassungsprobleme im Umgang mit dem Rechtsextremismus
Friedhelm Hufen 101

2. "Faktoren der Wahlentscheidung" (Falter 1973) oder: Ausgewählte Fragen der politikwissenschaftlichen Wahl- und Einstellungsforschung

Interest Groups and Voters' Choice: Evidence of Representation and Hostility
Effects in Germany, Spain and the United States
Bernhard Weßels und Hans-Dieter Klingemann 117

Wie es euch gefällt: Politische Akteure in den USA und ihr Publikum <i>Helmut Norpoth</i>	145
You must remember this ... Eine Analyse zur Wahlrückerinnerungsfrage <i>Harald Schoen und Hanna Kaspar</i>	159
"Die unpolitische Frau" – Ein Methodenartefakt der Umfrageforschung? <i>Bettina Westle</i>	179
Strukturierte Einstellungen – Einstellungsstrukturen: Überlegungen am Beispiel der Parteisympathie <i>Siegfried Schumann</i>	203
Politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener: Altes und Neues <i>Johann de Rijke</i>	221

3. "Wählerwille, Wahlprognose und Wahlergebnis: Drei unterschiedliche Paar Schuhe?" (Falter 2007) oder: Wahlforschung in der Praxis

Demoskopie und Politik. Zum Verhältnis und den Missverständnissen zwischen zwei stark kritisierten Professionen <i>Dieter Roth</i>	241
Exit Polls – genauer geht's nicht <i>Richard Hilmer</i>	257
"Was messen wir da eigentlich?" – einige Anmerkungen zur Sonntagsfrage <i>Thorsten Schneider-Haase</i>	269

4. "Politik als Inszenierung" (Falter 2002) oder: Politische Kommunikation in der Mediendemokratie

"Hindenburg wählen, Hitler schlagen!" Wahlkampfkommunikation bei den Reichspräsidentenwahlen in der Weimarer Republik <i>Jürgen Wilke und Christian Sprott</i>	277
Rivalen um Macht und Moral: Bundestagsabgeordnete und Hauptstadtjournalisten <i>Hans Mathias Kepplinger</i>	307
Wie "amerikanisch" sind europäische Fernsehwahlkämpfe? <i>Fritz Plasser und Günther Lengauer</i>	323

Der Markt für Politikberatung – Boom oder Baisse? <i>Andrea Römmele</i>	347
--	-----

Geist oder Glotze? <i>Petra Gerster und Christian Nürnberger</i>	357
---	-----

5. "Gestaltungsmacht und Geltung der Parteien" (Falter 2000) oder: Diagnosen und Thesen zu Parteien und parlamentarischer Praxis

Hybride Gebilde? Zum Wandel der Parteien in der Mediengesellschaft <i>Ulrich Sarcinelli</i>	363
--	-----

Parteienkrise durch Parteiliten? Anmerkungen zur Diskussion über den Niedergang der deutschen Parteien <i>Gerd Mielke</i>	377
---	-----

Die Entwicklung der grünen Wählerschaft im Laufe dreier Jahrzehnte – eine empirische APK-Analyse <i>Markus Klein</i>	391
--	-----

Vom Hörsaal in den Plenarsaal? Lektionen aus dem Studium für den Bundestag <i>Martin Gerster</i>	403
---	-----

6. "Der wissenschaftliche und der philosophische Umgang mit Politik" (Falter 1985) oder: Theoretische Positionen und ideengeschichtl. Perspektiven

Zukunft oder Erosion der Demokratie? <i>Michael Th. Greven</i>	411
---	-----

Die Revolution des Bürgers Caritat: Ein Beitrag zur Ideengeschichte der Wahlforschung <i>Ruth Zimmerling</i>	429
--	-----

Welche Vorstellung von Wählerrationalität, wozu? <i>Reinhard Zintl</i>	441
---	-----

Ein Volk "gibt sich eine Verfassung" – was kann das heißen? <i>Hans Buchheim</i>	453
---	-----

"Das Wichtigste aber ist der Mut" Nicht deskriptiv verwaltend sei die Politik, sondern normativ gestaltend! <i>Julia Klöckner</i>	457
---	-----

Die Geschichte von der Rettung der Welt Oder: Nur noch der politologische Superman kann's richten <i>Gundula Gause und Peter Schmitz</i>	461
--	-----

7. Frag' nach bei Falter

Interview mit Jürgen W. Falter <i>Thomas Leif</i>	465
--	-----

Bibliographie	479
---------------------	-----

Autorenverzeichnis	493
--------------------------	-----

Einleitung

Will man eine Festschrift für Jürgen W. Falter konzipieren, die sein Wirken auch nur annähernd angemessen abbildet, kann man sich nicht damit begnügen, ein kleines, eng abgegrenztes wissenschaftliches Fachgebiet in den Blick zu nehmen. Diesen vielseitigen und produktiven Politikwissenschaftler zu würdigen geht vielmehr mit der angenehmen Pflicht einher, Beiträge zu diversen (politik-)wissenschaftlichen Forschungsfeldern zu versammeln. Daneben darf man weder sein wissenschaftspolitisches Engagement noch seine Aktivitäten außerhalb der akademischen Mauern vergessen. Um einen genaueren Eindruck vom Facettenreichtum des Jubilars zu vermitteln, wollen wir seine Vita kurz Revue passieren lassen.

Am 22. Januar 1944 in Heppenheim an der Bergstraße geboren und aufgewachsen, studierte Jürgen W. Falter zunächst an der Universität Heidelberg Politikwissenschaft, Geschichte und Germanistik. Später zog es ihn an das Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, wo sein Interesse für die Wahlforschung und quantitative Methoden der Politikwissenschaft geweckt wurde und an der er im Jahr 1968 sein Diplom ablegte. Anschließend begab er sich in das Mekka der Wahlforschung, in die USA, um an den Universitäten in Berkeley, Kalifornien, und Ann Arbor, Michigan, weiter zu studieren. In dieser Zeit absolvierte er den Methoden-Sommerkurs des Inter University Consortiums for Political and Social Research und beschäftigte sich intensiv mit quantitativen Methoden der empirischen Sozialforschung. So war er Zeitzeuge der ersten Schritte computergestützter sozialwissenschaftlicher Datenauswertung und konnte deren rasante Entwicklung hautnah mitverfolgen.¹ Diese Erfahrungen scheinen fortgewirkt zu haben, kann doch Jürgen W. Falter bis heute eine gewisse Affinität zu statistischen Methoden nicht ganz leugnen. Dabei hat er jedoch stets der Versuchung widerstanden, Methoden als Selbstzweck zu betrachten. Vielmehr hat er sie als Instrumente begriffen, die mehr oder weniger geeignet sind, um die politikwissenschaftlichen Fragen zu beantworten, die ihn eigentlich interessieren.

Wieder zurück in Deutschland, wurde Jürgen W. Falter wissenschaftlicher Mitarbeiter und Assistent am Institut für Theorie und Soziologie der Politik an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes. Dort, und damit abseits der sich allmählich etablierenden Zentren der Wahlforschung in Deutschland, verfasste er seine Dissertation "Faktoren der Wahlentscheidung". 1973 wurde er mit dieser wahlsoziologischen Arbeit bei Prof. Dr. Karl Kaiser promoviert. Damit war sein Interesse an der empirischen Wahl- und Einstellungsforschung freilich bei weitem nicht gestillt. Ablesen lässt sich das an der Vielzahl von häufig bedeutenden Arbeiten, die er in den folgenden Jahrzehnten zu Fragen auf diesem Gebiet vorlegte.

Danach geschah etwas, was heutzutage kaum möglich ist, und daher von Jürgen W. Falter selbst häufig als "der Zeit geschuldet" beschrieben wird, was man aber auch getrost als

¹ So erzählt er bis heute mit einem besonderen Glanz in den Augen von den Lochkarten, die man stanzte, um anschließend zitternd vor dem Druckergebäude in Ann Arbor auf die Ausdrucke zu warten: Fehler führten dazu, dass man entweder überhaupt nichts abholen konnte oder dass man eine Endlos-Schleife produziert hatte, die zu Stapeln von Nadeldruckerpapier führte. Wir sind uns jedoch sicher, dass ihm beides aufgrund seiner sehr konzentrierten und sorgfältigen Arbeitsweise nur selten passiert ist.

"der Weitsicht der damaligen Entscheider und seinem Können zu verdanken" ansehen kann: Gerade frisch promoviert, erhielt er bereits mit 28 Jahren eine Professur für die Methodologie der Sozialwissenschaften und politische Soziologie im Fachbereich Pädagogik der Hochschule der Bundeswehr in München. Kaum älter als viele seiner Studenten² organisierte er Forschung und Lehre. Auf seinen Lorbeeren ruhte er sich jedoch nicht aus, sondern forschte weiter und erhielt im Jahr 1981 die *venia legendi* für Politikwissenschaft mit einer Habilitationsschrift zum Behavioralismusstreit in der amerikanischen Politikwissenschaft.

1983 folgte Jürgen W. Falter einem Ruf nach Berlin auf eine Professur für Politikwissenschaft und Vergleichende Faschismusforschung an der Freien Universität, wo er bis 1992 – trotz eines zwischenzeitlichen Rufs nach Genf und eines ersten Listenplatzes in Heidelberg – blieb. In dieser Zeit wird der politische Extremismus sein Forschungsschwerpunkt. Jürgen W. Falter widmete sich in nationalen und internationalen Projekten sowohl historisch-sozialwissenschaftlichen Arbeiten über den Nationalsozialismus als auch Studien über rechte und linke Parteien sowie der Analyse extremer politischer Orientierungen in der Bundesrepublik Deutschland und den westlichen Demokratien. Eines seiner wichtigsten Werke, "Hitlers Wähler", erschien 1991, mit dem er weit über die Politikwissenschaft hinaus Aufsehen erregte. Drei Jahre später entstand die Monographie "Wer wählt rechts?", die sich als ein einflussreicher Beitrag in der wissenschaftlichen wie in der gesellschaftlichen Diskussion erweisen sollte.

Als dieser Band erschien, war Falter bereits an seine jetzige Wirkungsstätte, die Johannes Gutenberg-Universität Mainz, gewechselt, wo er die politische Kultur und das Wahlverhalten im vereinigten Deutschland zu einem Forschungsschwerpunkt machte. In der Entscheidung für dieses Gebiet dürften auch die Eindrücke nachgewirkt haben, die Erlebnisse während der Umbruchphase und der Wiedervereinigung 1989/90 in Berlin, der einst geteilten Stadt, bei ihm hinterlassen hatten. Um zu verlässlichen Diagnosen zu gelangen, stellte er mit Kollegen zwischen 1994 und 2002 die erste deutsche Wiederholungsbefragung über zwei Legislaturperioden hinweg auf die Beine. Die Arbeit trug reiche Früchte, wie sich beispielsweise an den Sammelbänden "Wirklich ein Volk" (2000), "Wächst zusammen, was zusammengehört?" (2005) und "Sind wir ein Volk?" (2006) ablesen lässt. Als akademischer Lehrer weckte er immer wieder die Wissbegierde von Studenten, Doktoranden und Habilitanden für seine Interessengebiete der Wahl-, Extremismus-, Parteien- und Methodenforschung. Einmal für ein Thema gewonnen, ermunterte er sie mit einem "Machen Sie mal!", ihre kreativen Ideen in einigen Forschungsarbeiten zu entfalten, ohne ihnen dabei Zügel anzulegen.

Jürgen W. Falter ist daneben auch aktiver (Wissenschafts-)politiker in der wissenschaftlichen Selbstverwaltung und in zahlreichen fachwissenschaftlichen Organen und Gremien. Er war Mitglied des Kuratoriums der Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS), Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), Beiratsmitglied, Gutachter und Herausgeber verschiedener sozialwissenschaftlicher Fachzeitschriften sowie Dekan des größten Fachbereichs (Sozialwissenschaften, Medien und Sport) der Mainzer Universität, um nur einige Positionen zu nennen.

² ... und auch optisch im grünen Parka nicht unbedingt von ihnen unterscheidbar...

Er hat es immer verstanden, sich national und international auch über die Fachgrenzen hinweg zu vernetzen, wovon zahlreiche Gastprofessuren und Gastwissenschaftlerpositionen in den USA und Italien, ein Fellowship am Wissenschaftskolleg zu Berlin und die korrespondierende Mitgliedschaft in der Akademie für Wissenschaft und Literatur seit 2001 zeugen. Seinen fachlichen und persönlichen Rat schätzen Kollegen der Universität und der wissenschaftlichen Community, aber auch Politiker verschiedener Couleur und Journalisten.

Jürgen W. Falter besitzt die in der Wissenschaft nicht selbstverständliche Fähigkeit, andere für sein Fachgebiet zu begeistern und zu unterhalten. Davon zeugen neben den stets gut besuchten Vorlesungen diverse Beiträge in Printmedien sowie zahlreiche Auftritte in Hörfunk und Fernsehen. Bei letzteren kommt ihm sicherlich zugute, dass er die Öffentlichkeit nicht scheut. Dass er über Jahrzehnte hinweg als Experte immer wieder zurate gezogen wird, hängt aber vermutlich nicht nur mit seinen Entertainer-Qualitäten und seiner schwach entwickelten Medienscheu zusammen, sondern wohl mit der Präzision und Qualität seiner Aussagen. Jürgen W. Falter kann komplexe Zusammenhänge einfach erklären, so dass Journalisten und Zuschauer einen Einblick ins oft intransparente Politikgeschäft erhalten. Dabei helfen ihm sicherlich – neben seiner wissenschaftlichen Expertise – seine ausgeprägte humanistische Allgemeinbildung und die Fähigkeit, ein guter Lehrer zu sein. Er kann die Perspektive wechseln, sich in sein Gegenüber hineinversetzen und den Zuhörer ernst nehmen, sei es das Fernsehpublikum, der Student, der Politiker oder der Kollege.

Wie dieser kurze Streifzug durch seine Vita andeutet, zeichnet Falters wissenschaftliches Werk eine beeindruckende Vielseitigkeit aus. Zugleich hat Falter es wie kaum ein anderer verstanden, Brücken zwischen Wissenschaft, Politik und Medien zu schlagen. Von einigen wird er dafür kritisiert, von anderen bewundert. Letzteres dürfte er gewiss nicht rundweg zurückweisen, doch hat er als Popperianer zugleich immer ein offenes Ohr für konstruktive Kritik. Diese Offenheit ist wohl eine der hervorstechendsten Eigenschaften Falters. Sie hat auch nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass er zu einem so vielseitigen, renommierten und öffentlich angesehenen Politikwissenschaftler werden konnte, der zweifelsfrei zu den erfolgreichsten und herausragenden Köpfen der Disziplin gehört.

Deutsche und internationale Weggefährten und Kollegen aus Wissenschaft und Praxis haben sich nun der Aufgabe gestellt, mit ihren sehr individuellen Beiträgen eine Festschrift entstehen zu lassen, die das Wirken des Jubilars angemessen widerspiegelt. Im ersten Abschnitt des Bandes sind Beiträge versammelt, die sich mit Rechtsextremismus, Faschismus und Fremdenfeindlichkeit auseinandersetzen. Sie kann man als ein vielstimmiges Echo auf die von Jürgen W. Falter aufgeworfene klassische Frage "Wer wählt rechts?" verstehen. Der darauf folgende Abschnitt enthält Aufsätze, die Fragen der politikwissenschaftlichen Wahl- und Einstellungsforschung behandeln und dazu beitragen, die von Falter thematisierten "Faktoren der Wahlentscheidung" zu erkunden. Im dritten Abschnitt beleuchten Vertreter der kommerziellen Umfrageforschung Methodenfragen ihres Metiers wie auch ihre eigene Rolle im politischen Prozess. Es folgen Beiträge zu verschiedenen Aspekten politischer Kommunikation aus der Perspektive von Wissenschaftlern und Praktikern. Politische Parteien und die parlamentarische Praxis haben die Verfasser in den Blick genommen, deren Aufsätze im fünften Abschnitt zusammengestellt sind. Im folgenden Teil finden sich Beiträge zu theoretischen und ideengeschichtlichen Fragen. Abgerundet wird der Band durch ein Interview mit dem Jubilar, das manche neue Einsicht bereithält.

Die Herausgabe dieses Buches ist eine Koproduktion, an der vielerlei helfende Hände mitgewirkt haben. Dank gebührt zunächst den Autoren, die es – mit ihrer Individualität und dem gemeinsamen Nenner, dem Jubilar verbunden zu sein – ermöglicht haben, ein interessantes und äußerst vielschichtiges Buch rechtzeitig zum Jubiläum vorzulegen, wie auch dem VS-Verlag. Insbesondere möchten wir als Herausgeber noch diejenigen hervorheben, die als Mainzelmännchen in oft mühevoller Kleinarbeit die Aufsätze "in Form" gebracht haben und somit die technische Umsetzung möglich machten. Zu nennen sind hier insbesondere Thomas Becker, Janina Fortmann, Benjamin Hertlein, Sarah Kirschmann, Tanja Türk, Miriam Wagner und Daniel Weber.

Mainz, im November 2008

Hanna Kaspar, Harald Schoen, Siegfried Schumann und Jürgen Winkler

**1. "Wer wählt rechts?"
(Falter 1994)**

oder:

Rechtsextremismus, Faschismus
und Fremdenfeindlichkeit

Arbeiter, Arbeitslose, Asylbewerber: Die Wahl der Extremen Rechten heute im Lichte der Ergebnisse historischer Wahlforschung

Kai Arzheimer

1. Einleitung: Massenarbeitslosigkeit und die Wahl der Extremen Rechten in der Zwischenkriegszeit

Eines der vergleichsweise unstrittigen Ziele der Pariser Friedenskonferenz von 1919 war die Durchsetzung des demokratischen Nationalstaates als politischer Normalfall in Europa, wie sie vom amerikanischen Präsidenten Wilson ein Jahr zuvor eingefordert worden war (vgl. die Punkte VI-XIII in Wilsons berühmter Deklaration vom 8. Januar 1918). Tatsächlich wurden in den frühen 1920er Jahren der überwältigenden Mehrheit der europäischen Staaten von Albanien (1920) bis zur Türkei (1922) die autokratischen Strukturen der Vorkriegszeit durch liberaldemokratische Institutionen ersetzt. Diese erwiesen sich jedoch in den folgenden Jahren als außerordentlich instabil. Mussolinis "Marsch auf Rom" und die anschließende Machtübernahme der Faschisten im Oktober 1922 stehen stellvertretend für die permanente Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit, die häufig zur Machtübernahme durch rechtsgerichtete Bewegungen oder das Militär führte.

Als *ein* wesentlicher Faktor für den Niedergang der Demokratie in weiten Teilen Kontinentaleuropas gilt die instabile ökonomische Situation der Zwischenkriegszeit, d.h. vor allem das Zusammenspiel von extremer Inflation und Massenarbeitslosigkeit, das große Teile der europäischen Bevölkerungen in existentielle Not stürzte. Dass die unterentwickelten sozialstaatlichen Sicherungssysteme der neuen Demokratien nicht in der Lage waren, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Wirtschaftskrisen abzufangen, so die gängige Lesart, unterminierte den Glauben an die Legitimität und Effektivität der neuen Regierungsform und förderte die Sehnsucht nach radikalen politischen Lösungen.

Dabei gingen zeitgenössische Beobachter ursprünglich davon aus, dass – zumindest soweit Industrie- und Landarbeiter betroffen seien – vor allem die sozialistischen und kommunistischen Parteien von der Massenarbeitslosigkeit profitieren würden. Eine der ersten modernen empirischen Studien überhaupt zeigte jedoch, dass Arbeitslosigkeit bei Arbeitern keineswegs die Bereitschaft zum Klassenkampf förderte, sondern vielmehr zu Resignation und Apathie zu führen schien (Jahoda et al. 1975).

Komplizierter wurde die Situation dadurch, dass sich die "Neue Rechte" (Payne 1995: 37) der Zwischenkriegszeit vielerorts als Interessenvertretung der Arbeiterklasse präsentierte und in Rhetorik, Symbolik und Taktik Anleihen bei den Traditionen der europäischen Arbeiterbewegung machte. Nicht umsonst war beispielsweise Mussolini ein führendes Mitglied der Sozialistischen Partei Italiens gewesen, bevor er die faschistische Bewegung gründete.

Tabelle 1: Sozio-politische Konstellationen in der Zwischenkriegszeit

	Arbeiterklasse	Mittelklasse
arbeitslos	(1)	(2)
von Arbeitslosigkeit bedroht	(3)	(4)

Dementsprechend spielen Berufsgruppenzugehörigkeit, Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit eine wichtige Rolle in den Versuchen, den elektoralen Aufstieg der Nationalsozialisten in Deutschland zu erklären. Dabei lassen sich grundsätzlich vier Szenarien unterscheiden (Tabelle 1): Wähler können der Arbeiterklasse oder der (weitgefassten) Mittelklasse angehören, und sie können bereits arbeitslos sein oder sich von Arbeitslosigkeit bzw. deren politischen Folgen bedroht fühlen.

Dass sich die vier Gruppen in ihrem Wahlverhalten unterschieden haben dürften, liegt im Rückblick auf der Hand. Es zählt zu den großen wissenschaftlichen Verdiensten Jürgen Falters, dass er die verschiedenen Hypothesen über den Aufstieg der Nationalsozialisten systematisiert und (u.a.) für diese vier idealtypischen Gruppen ihre Vereinbarkeit mit den historischen Wahlergebnissen erstmals stringent überprüft hat (Falter 1979, 1984, 1981, 1986b, 1991).

Dabei gelang es ihm zu zeigen, dass es sich bei der NSDAP nach der Zusammensetzung ihrer Wählerschaft um "die erste moderne Integrationspartei" (Falter 1986a) gehandelt hat, die einerseits einen nicht unbeträchtlichen "Mittelstandsbauch" aufwies (Falter 1991: 372). Andererseits wurden die Nazis aber auch – entgegen der früheren Annahme, dass ihr Klassenbewusstsein die deutsche Arbeiterklasse gegenüber den Versuchungen des Nationalsozialismus immunisiert habe – "erheblich häufiger" von Arbeitern und "erheblich seltener" von Angestellten gewählt, als man bis dahin vermutet hatte (Falter 1990). Tatsächlich bildeten die (kirchen- bzw. zentrumstreuen) Katholiken die einzige soziale Großgruppe, die sich gegenüber den Nationalsozialisten als relativ resistent erwies.

Zugleich konnte Falter nachweisen, dass die bis dahin weitgehend akzeptierte Vermutung, dass die 5,6 Millionen Arbeitslosen der Weimarer Republik Hitler den Weg an die Macht gebahnt haben, zumindest in dieser einfachen Form nicht aufrechtzuerhalten ist. Sorgfältige Aggregatanalysen ergaben, dass der auf der Ebene des Reiches fast perfekte Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote und Wahlerfolgen der NSDAP verschwindet und sich schließlich sogar umkehrt, sobald kleinere Gebietseinheiten betrachtet werden (Falter et al. 1985). Neben und statt der unmittelbaren Wirkung der individuellen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit dürften deshalb die durch die kontextuelle Arbeitslosigkeit (d.h. die Arbeitslosenquote) ausgelöste Angst vor dem eigenen ökonomischen Abstieg und die Furcht vor einer proletarischen Revolution eine entscheidende Rolle für den Aufstieg der Nazis gespielt haben. Diese Fragen beschäftigen die historische Wahlforschung bis heute, und Falters Beiträge zu diesem Gebiet sowie die von ihm gesammelten Daten sind nach wie vor zentrale Referenzpunkte für die wissenschaftliche Diskussion (vgl. zuletzt King et al. 2008).

Unabhängig vom exakten kausalen Mechanismus ist im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit der Zusammenhang zwischen Massenarbeitslosigkeit und Rechtswahl stets virulent geblieben. Zugleich stellt sich auch heute die Frage, wie groß unter den (verbliebenen) Arbeitern das Potential für die Extreme Rechte der Gegenwart ist: Während nach allgemeiner Auffassung in den 1920er und 1930er Jahren die Beziehungen zwischen Par-

teien und sozialstrukturellen Gruppen noch sehr stabil und klar definiert waren (Lipset/Rokkan 1967), haben sich diese Bindungen in den vergangenen Jahrzehnten bekanntermaßen erheblich abgeschwächt, so dass Arbeiter eher für neue und weniger etablierte Rechtsparteien verfügbar sein müssten, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

2. Fragestellung: Welche Rolle spielt Massenarbeitslosigkeit für die Wahl der Extremen Rechten heute?

Generell spielten die Parteien der extremen Rechten in Deutschland und Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst keine große Rolle mehr, da sie nun unweigerlich mit den Verbrechen der Nationalsozialisten und Faschisten identifiziert wurden (Hainsworth 1992; Prowe 1994; Betz 1999; Rydgren 2005) und in den vormals von Deutschland okkupierten Ländern mit dem Stigma der Kollaboration behaftet waren. Nach dem Ende der unmittelbaren Nachkriegszeit blieben etwaige Wahlerfolge der extremen Rechten auf nationaler Ebene deshalb räumlich und zeitlich stets eng begrenzt. Erst zu Beginn der 1980er Jahre erlebte Westeuropa – fast zeitgleich mit der Rückkehr der Massenarbeitslosigkeit – eine "Rückkehr der Führer" (Kirfel/Oswalt 1989).

Die Träger dieser jüngsten, dritten Welle rechter Wahlerfolge (Beyme 1988) bieten ein außerordentlich vielgestaltiges Bild. Eine ganze Reihe dieser Gruppierungen (u.a. die deutsche NPD, der italienische MSI und die österreichische FPÖ) haben personelle und inhaltliche Verbindungen zum alten Rechtsextremismus der Zwischenkriegszeit. Eine Reihe anderer, zumeist erfolgreicherer Parteien werden jedoch in der Forschung als "neu" oder "modern" (Ignazi 2002) bezeichnet, weil ihnen diese Wurzeln fehlen. Besonders augenfällig ist dies im Fall der skandinavischen "Fortschrittsparteien", die ursprünglich als reine Steuer-senkungsparteien gegründet wurden und sich erst im Laufe der Jahre an die Extreme Rechte angenähert haben. Dementsprechend existieren einige Parteien der Extremen Rechten (der MSI und, wenn man die Vorläuferorganisation VdU einbezieht, die FPÖ) bereits seit den 1940er Jahren, während andere (z.B. die ND in Schweden) unmittelbar vor ihren ersten Wahlerfolgen gegründet wurden.

Besonders ausgeprägt zeigt sich die Heterogenität der neuen Rechtsparteien bei der Frage der nationalen Einheit: Während dieses Thema für die meisten Rechtsparteien erwartungsgemäß von überragender Bedeutung ist, verfolgen zwei sehr erfolgreiche Gruppierungen (der Vlaams Blok/Vlaams Belang in Flandern und die Lega Nord in Italien) eine regionalistische, wenn nicht sogar separatistische Agenda.

Auch bezüglich ihrer gesellschaftspolitischen Vorstellungen zeichnen sich die Parteien der Extremen Rechten durch eine bemerkenswerte Bandbreite aus. Während die Mehrheit dieser Gruppierungen etwa in Fragen des Abtreibungsrechtes und der Gleichstellung von Homosexuellen konservative bis reaktionäre Positionen einnimmt, sind die libertären Wurzeln der norwegischen Fortschrittspartei immer noch zu erkennen. Gänzlich unvereinbar mit dem traditionellen Bild des europäischen Rechtsextremismus war schließlich das öffentliche Kokettieren des Gründers der niederländischen Lijst Pim Fortuyn mit seiner Homosexualität. Allein schon aus diesen Gründen wäre es naiv, die Träger der "dritten Welle"

mit den Rechtsextremisten der Zwischenkriegszeit gleichzusetzen, wie dies selbst in der wissenschaftlichen Literatur manchmal geschehen ist (vgl. z.B. Hagtvet 1994).

Dennoch spielt, wenn auch vor einem völlig veränderten Hintergrund, das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit auch für die Rechtsparteien der Gegenwart eine wichtige Rolle. Denn in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts avancierten die früheren Auswandererländer Westeuropas zum ersten Mal in ihrer modernen Geschichte zu einem bevorzugten Ziel für Migranten aus anderen Regionen, vor allem aus Afrika und Asien. Nach wie vor ist die große Mehrheit dieser neuen Einwanderer vergleichsweise sehr schlecht qualifiziert und stellt deshalb für die gut ausgebildeten Segmente der einheimischen Bevölkerungen keine ernsthafte ökonomische Bedrohung dar. Im Gegenteil: In einigen Fällen dürften die autochthonen Mittel- und Oberschichten davon profitieren, dass einfache Produkte und Dienstleistungen dank der Zuwanderer nun leichter und günstiger verfügbar sind. Weniger qualifizierte Angehörige der Arbeiter- und unteren Mittelschichten hingegen werden – zu Recht oder zu Unrecht – die Zuwanderer häufig als direkte Konkurrenten um knappe Arbeitsplätze und sinkende wohlfahrtsstaatliche Leistungen wahrnehmen. Hinzu kommt, dass die große Mehrzahl der Migranten aufgrund ihres Aussehens, ihrer Sprache und sonstiger kultureller Besonderheiten unschwer als "Fremde" zu erkennen sind. Damit sind die Voraussetzungen für eine "Ethnisierung" dieser Konflikte günstig (Olzak 1992).

Politiker am rechten Rand des Spektrums sind sich des politischen Potentials dieser Konflikte selbstverständlich bewusst und versuchen die Ängste der einheimischen Bevölkerungen in Wählerstimmen umzumünzen. So verlangt die NPD in ihrem Parteiprogramm, dass "Arbeitsplätze ... zuerst an Deutsche zu vergeben" sind, während die DVU ein "umfassendes Programm zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und für die soziale Sicherheit der deutschen Arbeitnehmer" fordert. In ähnlicher Weise propagiert der französische Front National seit den 1980er Jahren eine "Préférence Nationale" bei der Vergabe von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen,¹ während die British National Party (News Team 2008) für eine "preference in the job market to be given to native Britons" eintritt und unter dem Motto "British workers first" sogar in höchst unbritischer Manier den Import ausländischer Güter beschränken will, um Arbeitsplätze in Großbritannien zu erhalten. Ähnliche Forderungen hat in jüngerer Zeit selbst die wirtschaftsfreundliche Lega Nord erhoben (Tarchi 2007: 197). Bündig zusammengefasst sind die politischen Zielvorstellungen der Extremen Rechten in Westeuropa im Parteimotto des Vlaams Blok (heute Vlaams Belang): "Eigen Volk eerst".

Dementsprechend wurde, trotz weiterhin bestehender ideologischer und organisatorischer Unterschiede, die Zuwanderung von Nicht-Westeuropäern seit Beginn der 1980er Jahre für alle Parteien der Extremen Rechten zum wichtigsten politischen Thema. Die Bedeutung der Einwanderungsfrage für die Extreme Rechte ist so groß, dass einige Autoren (Fennema/Pollmann 1998; Pettigrew 1998; Gibson 2002) sogar dazu übergegangen sind, die Mitglieder der Parteienfamilie unter der Bezeichnung "Anti-Immigrant Parties" zusammenzufassen.

Seit den 1990er Jahren wurde deshalb der kombinierte Einfluss von Arbeitslosen- und Zuwanderungsquoten auf den Stimmenanteil der Extremen Rechten in einer ganzen Reihe von Aggregatanalysen untersucht (Jackman/Volpert 1996; Knigge 1998; Golder 2003). Da – anders als für die Weimarer Republik – für die Gegenwart sowohl Aggregat- als auch

¹ U.a. fordert der Front National, dass Ausländer und ihre Arbeitgeber bei gleichen Leistungen höhere Beiträge in die Sozialversicherungssysteme einzahlen sollen.

Individualdaten verfügbar sind, versuchen einige Mehrebenenanalysen (Lubbers et al. 2002; Arzheimer/Carter 2006) darüber hinaus, ähnlich wie Falter's historische Studien, einen separaten Effekt der individuellen Arbeitslosigkeit zu identifizieren. Zusätzlich wurde in jüngster Zeit die Wirkung sozialstaatlicher Sicherungssysteme berücksichtigt (Swank/Betz 2003; Arzheimer 2008a).

Eine gezielte Untersuchung der vor den in Abschnitt 1 skizzierten historischen Ergebnisse höchst relevanten Fragen, wie individuelle und kollektive Arbeitslosigkeit bei der Wahl der modern Rechtsparteien zusammenwirken und ob sich die Arbeiterschicht hier wiederum als anfällig erweist, steht jedoch noch aus. Ausgehend von den von Arzheimer (2008a) entwickelten allgemeinen Modellen der Rechtswahl in Westeuropa wird deshalb in diesem Beitrag ein spezifischeres Modell der Unterstützung dieser Parteien durch Arbeitslose und Arbeiter getestet.

3. Daten und Methoden

3.1. Datenbasis

Um die im vorangegangenen Abschnitt aufgeworfenen Fragen untersuchen zu können, wird ein sogenanntes Mehr-Ebenen-Modell benötigt, das die simultane Schätzung der Einflüsse von Individual- und Kontextmerkmalen sowie von Interaktionen zwischen beiden Ebenen ("cross-level interactions") gestattet. Die Individualdaten stammen aus den von der Europäischen Kommission finanzierten Eurobarometer-Umfragen, die in allen Mitgliedsstaaten der Union seit Beginn der 1970er Jahre durchgeführt werden. In der vorliegenden Analyse wurden die Daten aus den Studien 13 (April/Mai 1980) bis 56.3 (Januar/Februar 2002) verwendet.² Diese Daten decken für den Zeitraum von den frühen 1980er Jahren bis zum Beginn des neuen Millenniums die Wahlerfolge der Extremen Rechten in den alten EU-Mitgliedsländern sowie in Norwegen nahezu vollständig ab. Insbesondere ermöglichen sie es, die Phase des elektoralen Durchbruchs in den 1980er Jahren zu berücksichtigen, die in den meisten Studien vernachlässigt wird. Größere Lücken ergeben sich nur für Österreich (wo die Eurobarometer-Untersuchungen erst mit dem EU-Beitritt 1995 einsetzen) und Norwegen (das im Kontext des gescheiterten EU-Beitritts von 1990-95 am Eurobarometer-Programm teilnahm).

Für die erforderlichen Kontext-Daten wird auf eine Vielzahl von Quellen zurückgegriffen. Standardisierte Arbeitslosenquoten, Daten zu Lohnersatzleistungen sowie zur Zahl der Asylanträge werden von der OECD zur Verfügung gestellt (OECD 1992, 2002, 2003, 2004). Zusätzliche Angaben zur Zahl der Asylbewerber stammen vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR 2002). Informationen zu den Inhalten der Programme der

² Zentraler Bestandteil des Individualdatensatzes ist der sogenannte Trendfile 2.00 (ZA-Nr. 3521), der aus einer Kooperation zwischen dem Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) und dem Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (ZA) hervorgegangen ist (Schmitt et al. 2002). Ohne die Vorarbeiten dieser Institutionen wäre der Aufwand für Längsschnittuntersuchungen mit dem Eurobarometer prohibitiv hoch.

etablierten Parteien stammen aus dem vom Comparative Manifesto Project produzierten Datensatz (Klingemann et al. 2006).³

3.2. *Das Modell*

Ausgangspunkt der Modellkonstruktion ist die Überlegung, dass die Wahl der Extremen Rechten durch eine Vielzahl kontextueller und individueller Faktoren begünstigt oder erschwert wird. Letztere lassen sich wiederum grob in Einstellungsvariablen einerseits und sozio-demographische Merkmale andererseits einteilen (Arzheimer et al. 2001). Zu den wichtigsten Einstellungsvariablen zählen allgemeine ideologische Präferenzen (die sogenannte Links-Rechts-Selbsteinstufung, siehe z.B. Fuchs/Kühnel 1994), die Haltung zur Europäischen Integration (die oft mit Präferenzen zur Zuwanderungspolitik und Überfremdungsängsten in Zusammenhang steht) und die generelle Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Lande, mit deren Hilfe sich sogenannte "Protestmotive" erfassen lassen (Pappi 1990; Schumann 1997).

Für die in diesem Zusammenhang vielleicht bedeutsamste attitudinale Variable, nämlich die Einstellung zu Immigranten und zum Phänomen der Immigration, enthalten die Eurobarometer-Studien leider keine regelmäßig replizierten Indikatoren. Analysen auf der Basis des European Social Surveys (Arzheimer 2008b) zeigen jedoch, dass die Zugehörigkeit zu den in Abschnitt 2 angesprochenen sozio-demographischen Gruppen, die am stärksten von der Konkurrenz durch Immigranten betroffen sind, in einem engen Zusammenhang mit diesen Einstellungen stehen. Sozio-demographische Variablen wie die formale Bildung, die Berufsgruppe, das Lebensalter oder (mit Einschränkungen) das Geschlecht können deshalb (auch) als Indikatoren für die Anfälligkeit gegenüber ausländerfeindlicher Propaganda interpretiert werden.

Leider wird im Eurobarometer nur der aktuell ausgeübte Beruf abgefragt, weshalb nur zwischen Rentnern, Arbeitern, Arbeitslosen, der sogenannten petty bourgeoisie (kleinere Selbständige und Landwirte) und der Referenzgruppe, die sich im wesentlichen aus Angestellten und Beamten zusammensetzt, unterschieden werden kann. Daher ist es mit den verfügbaren Daten auch nicht möglich zu untersuchen, ob sich (bei gleicher Qualifikation) arbeitslose Arbeiter beispielsweise von arbeitslosen Angestellten unterscheiden. Dies ist aber vergleichsweise unproblematisch, da das Merkmal "formale Bildung" unabhängig vom derzeit ausgeübten Beruf erhoben wird.

Unter den Kontextmerkmalen spielt die Salienz rechter Themen in den Wahlprogrammen der etablierten Parteien eine wichtige und bislang unterschätzte Rolle (Arzheimer 2008a). Unabhängig von der Richtung der entsprechenden Aussagen scheint – in Einklang mit neueren Theorien der öffentlichen Meinung (Zaller 1992) – es der Extremen Rechten zu nützen, wenn die etablierten Parteien Themen wie Zuwanderung und Nationalstolz aufgreifen und ihnen dadurch Legitimität oder zumindest Prominenz verleihen. Deshalb enthält

³ Detailliertere Angaben zu den verwendeten Daten und zur Kodierung der Variablen finden sich in Anhang A.1 von Arzheimer (2008a).

das Modell ein von Arzheimer und Carter (2006) vorgeschlagenes Maß zur Operationalisierung dieser Größe.

Hinzu kommen drei weitere Kontextvariablen, die sich unmittelbar auf die Themenkomplexe Zuwanderung und Arbeitslosigkeit beziehen: die (von der OECD standardisierte) Arbeitslosenquote, die Asylbewerberquote (ein häufig verwendeter Proxy für Zuwanderung von außerhalb Westeuropas) und die (ebenfalls von der OECD standardisierten) Lohnersatzleistungen im Falle der Arbeitslosigkeit.⁴ Um die Interpretation zu erleichtern, wurden alle drei Kontextvariablen (und eine Reihe von Einstellungsvariablen) zentriert, bevor Interaktionsterme gebildet wurden.⁵

Da es sich bei der Wahlabsicht zugunsten der Extremen Rechten um ein dichotomes Merkmal handelt, wird ein logistisches Modell geschätzt. Dies impliziert (auf der Ebene der Wahrscheinlichkeiten) bereits ein gewisses Maß an Interaktionen zwischen allen Variablen, da der Effekt, den beispielsweise eine Veränderung auf der Links-Rechts-Skala auf die Wahlwahrscheinlichkeit der Extremen Rechten hat, vom Niveau aller anderen Variablen abhängt. Darüber hinaus werden zusätzlich 18 Interaktionsterme in das Modell aufgenommen, welche die für die Fragestellung dieses Aufsatzes zentralen cross-level Interaktionen zwischen den Individualvariablen Arbeiter/Arbeitsloser einerseits und den verschiedenen Kontextvariablen andererseits repräsentieren.⁶

Kontextmerkmale beziehen sich per definitionem nicht auf die Ebene des Individuums. Für Variablen wie die Salienz rechter Themen oder die Arbeitslosenquote ist die Zahl der Beobachtungen deshalb erheblich kleiner (267) als die Zahl der Befragten (174452). Das statistische Verfahren der Mehr-Ebenen-Analyse trägt dieser Tatsache Rechnung und generiert korrekte (d.h. nicht übermäßig optimistische) Standardfehler für die Effekte der Kontextvariablen und der Interaktionen zwischen Individual- und Kontextvariablen.

Darüber hinaus berücksichtigt das hier gewählte Modell, dass in jedem beliebigen der 267 Kontexte aufgrund weiterer, hier nicht gemessener Kontexteffekte die Wahlergebnisse der Extremen Rechten nach oben oder unten vom Durchschnitt abweichen werden. Innerhalb des Modells werden diese Abweichungen als zufällig betrachtet und durch einen Varianzparameter modelliert.

Neben diesen zufälligen Differenzen gibt es jedoch weitere, ebenfalls nicht gemessene Kontexteinflüsse, die als länderspezifisch betrachtet werden müssen. Beispielsweise erzielte im Beobachtungszeitraum die Extreme Rechte in Österreich stets weitaus bessere Ergebnisse als in der alten Bundesrepublik. Diese persistenten Unterschiede werden im Modell durch entsprechende 14 fixe Parameter abgebildet.⁷

⁴ Diese sogenannten "Gross Unemployment Benefit Replacement Rates" (GRR) entsprechen dem mittleren Anteil des Einkommens, der durch staatliche Leistungen ersetzt wird, und werden als Mittelwert über 18 verschiedene Szenarien von Arbeitslosigkeit berechnet.

⁵ Die neuen, zentrierten Werte entsprechen der Abweichung vom Durchschnitt bzw. dem Skalenmittelpunkt der Ausgangsvariablen. Dementsprechend steht beispielsweise eine zentrierte Arbeitslosenquote von -2 für einen Wert, der 2 Prozentpunkte unter der durchschnittlichen Arbeitslosenquote liegt.

⁶ Zusätzlich werden auch Interaktionen zwischen den Kontextvariablen berücksichtigt, so dass das Modell für beide Individual- und die drei Kontextvariablen jeweils die Interaktionsterme zweiter, dritter und vierter Ordnung enthält.

⁷ Die Ergebnisse beziehen sich, wie oben dargelegt, auf die alten EU-Staaten und Norwegen. Großbritannien und Irland müssen aus der Analyse ausgeschlossen werden, da die Eurobarometer-Datensätze keine Rechtswähler aus diesen Ländern enthalten. Für Luxemburg errechnet die OECD keine Gross Replacement Rates, so dass dieses Land ebenfalls nicht berücksichtigt werden kann. Um den nach wie vor bestehenden sozialen, poli-

$$y_{ij} \sim \text{Binomial}(1, \pi_{ij}) \quad (1)$$

$$\text{logit}(\pi_{ij}) = \beta_1 X_{1...} + \gamma_1 C_{1...} + u_{oj} \quad (2)$$

Dementsprechend wird davon ausgegangen, dass das Individualmerkmal "Wahlabsicht zugunsten der Extremen Rechten" in der Stichprobe binomial mit einer Wahrscheinlichkeit von π verteilt ist (vgl. Gleichung 1). Der Logit⁸ wiederum ergibt sich aus der Summe der Effekte ($\beta_1, \beta_2 \dots$) von Individualvariablen, Kontextvariablen und Interaktionen, dem jeweiligen Ländereffekt γ und den im Varianzparameter u_{oj} zusammengefassten zufälligen Kontexteffekten. Für die Schätzung der Parameter wird die Prozedur `xtmelogit` in Stata 10.1 verwendet, die ein exaktes Likelihood-Verfahren implementiert.

4. Ergebnisse

Tabelle 2 zeigt die Schätzergebnisse. Auf Grund der nicht-linearen Struktur des Modells und seiner Komplexität ist die numerische Interpretation der Koeffizienten nicht trivial und soll sich deshalb zunächst auf deren Richtung⁹ beschränken. Die Ländereffekte bilden den Ausgangspunkt der Interpretation. Sie entsprechen dem erwarteten Logit der Rechtswahl für die Referenzgruppe, d.h. für angestellte/verbeamtete Wählerinnen mittleren Alters mit einfacher Bildung, die sich in der Mitte des politischen Spektrums einordnen, kein negatives Bild von der europäischen Integration haben, mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land weder besonders zufrieden noch besonders unzufrieden sind und in einem Kontext mit durchschnittlichen Arbeitslosen- und Asylbewerberquoten sowie durchschnittlichen Lohnersatzleistungen leben, in dem die Themen der Extremen Rechten von etablierten Parteien vollständig ignoriert werden.

Durch Umkehr der Logit-Transformation lässt sich aus diesen Werten die erwartete Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl errechnen. Diese liegt in allen Fällen deutlich unterhalb von 50 Prozent (was einem Logit von 0 entspräche), variiert aber stark zwischen den hier betrachteten Ländern. Für Schweden und Spanien werden mit 0,04 bzw. 0,01 Prozent extrem niedrige Stimmenanteile geschätzt, während in Italien und Österreich für diese Wählergruppe Stimmenanteile von 3 bzw. 4,9 Prozent erwartet werden.

tischen und ökonomischen Unterschieden zwischen alten und neuen deutschen Bundesländern Rechnung zu tragen, werden für die alte Bundesrepublik und das Beitrittsgebiet separate Ländereffekte geschätzt.

⁸ Der Logit einer Wahrscheinlichkeit π ist gleich dem natürlichen Logarithmus des Quotienten aus Wahrscheinlichkeit und Gegenwahrscheinlichkeit: $\text{logit}(\pi) = \ln(\pi/(1-\pi))$. Durch die Logit-Transformation wird sichergestellt, dass die geschätzten Wahrscheinlichkeiten immer in das Intervall von 0 bis 1 fallen.

⁹ Bis auf die Merkmale "petty bourgeoisie" und "Rentner" sind alle im Modell enthaltenen Haupteffekte auf dem gängigen Fünfprozent-Niveau signifikant von null verschieden.

Tabelle 2: Arbeitslosigkeit, Zuwanderung, Sozialleistungen und die Wahl der Extremen Rechten in Westeuropa

	b	t-Statistik
Geschlecht: männlich	.48***	16.77
18-29 Jahre	.44***	10.83
30-45 Jahre	.20***	5.07
älter als 65 Jahre	-.15**	-2.82
Bildung: mittel/hoch	.04	1.18
Bildung: Hochschulabschluss	-.33***	-7.87
Petty bourgeoisie	.02	.45
Rentner	.04	.85
Ideologie	.55***	78.15
Bewertung EU	.74***	20.67
Zufriedenheit Demokratie	.61***	33.83
Themensalienz	.09***	6.04
Arbeiter	.33***	7.23
Arbeitslos	.47***	6.46
Arbeitslosenquote	.11***	3.32
Asylbewerberquote	.26***	4.80
Lohnersatzquote	.01	1.03
Arbeiter * Arbeitslosenquote	-.01	-.59
Arbeiter * Asylbewerberquote	.07*	2.36
Arbeiter * Lohnersatzquote	.01***	5.44
Arbeitslosenquote * Asylbewerberquote	-.04*	-2.40
Arbeitslosenquote * Lohnersatzquote	-.00	-.11
Asylbewerberquote * Lohnersatzquote	-.01**	-2.58
Arbeiter * Arbeitslosenquote * Asylbewerberquote	.02	1.68
Arbeiter * Arbeitslosenquote * Lohnersatzquote	-.00	-.35
Arbeiter * Asylbewerberquote * Lohnersatzquote	-.00	-1.11
Arbeitslosenquote * Asylbewerberquote * Lohnersatzquote	-.00	-.85
Arbeiter * Arbeitslosenquote * Asylbewerberquote * Lohnersatzquote	.00*	2.00
Arbeitslos * Arbeitslosenquote	-.03	-1.11
Arbeitslos * Asylbewerberquote	.08	1.49
Arbeitslos * Lohnersatzquote	.01*	2.11
Arbeitslos * Arbeitslosenquote * Asylbewerberquote	.01	.84
Arbeitslos * Arbeitslosenquote * Lohnersatzquote	-.00	-.52
Arbeitslos * Asylbewerberquote * Lohnersatzquote	-.00	-.44
Arbeitslos * Arbeitslosenquote * Asylbewerberquote * Lohnersatzquote	.00	1.28
AT	-2.96***	-10.92
BE	-5.36***	-28.36
DEO	-6.75***	-20.54
DEW	-6.07***	-30.20
DK	-5.27***	-22.06
ES	-8.93***	-18.99
FI	-7.62***	-20.82
FR	-4.98***	-30.74
GR	-5.89***	-20.18
IT	-3.48***	-12.50
NL	-7.24***	-28.74
NO	-4.77***	-17.54
PT	-6.61***	-18.95
SE	-7.92***	-15.08
Random Effect (Standardabweichung)	-.60***	-10.20
n (Personen)	174452	
n (Kontexte)	267	

Signifikanzniveaus: *: p<.05, **: p<.01, ***: p<.001.

An den übrigen Koeffizienten lässt sich ablesen, wie stark und in welche Richtung sich die Angehörigen anderer sozialer Gruppen von der Referenzgruppe unterscheiden bzw. wie sich eine Veränderung von Einstellungen und Kontextbedingungen *ceteris paribus* auf das Wahlverhalten auswirken würde. So haben – bei ansonsten identischen Eigenschaften – Männer stets eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, für die Extreme Rechte zu stimmen als Frauen. Die Differenz zwischen den Geschlechtern beträgt rund 0,48 Punkte auf der logistischen Skala. In Abhängigkeit vom Niveau der übrigen Variablen entspricht dies einer Zunahme der Wahlwahrscheinlichkeit um ein Drittel oder mehr. Einen vergleichbaren positiven Effekt hat auch das Merkmal "Jungwähler". Ein Universitätsabschluss hingegen reduziert den Logit der Wahlwahrscheinlichkeit um 0,33 Punkte.

Noch stärker sind die Effekte der Einstellungsvariablen. Ist ein Befragter davon überzeugt, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union dem eigenen Land mehr schadet als nutzt, steigt der Logit um mehr als 0,7 Punkte an, was – wiederum in Abhängigkeit von der Ausprägung der anderen Variablen – den erwarteten Stimmenanteil der Extremen Rechten mehr als verdoppeln kann. Eine ausgeprägte Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land kann den Logit sogar um bis zu 0,9 Punkte erhöhen, während ein hohes Maß an Zufriedenheit den Logit entsprechend reduziert.¹⁰

Den potentiell stärksten Effekt unter den Einstellungsvariablen hat die Links-Rechts-Selbsteinstufung. Für eine Person, die sich bei ansonsten identischen Eigenschaften einen einzigen Skalenpunkt weiter rechts einordnet, steigt der Logit bereits um 0,55 Punkte an. Da die Skala von -4,5 bis +4,5 reicht, beträgt die erwartete Differenz in den Logits zwischen zwei Wählern an den extremen des politischen Spektrums knapp fünf Punkte. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass die Links-Rechts-Selbsteinstufung in einem gewissen Umfang endogen, also von der Wahlabsicht beeinflusst sein könnte, zeigt dieses Ergebnis einmal mehr, dass die These von der "unpolitischen Protestwahl" nicht haltbar ist. Vielmehr spielen ideologische Präferenzen bei der Wahl der Extremen Rechten eine zentrale Rolle.

Ebenfalls sehr stark ausgeprägt ist schließlich auch der Effekt der ersten im Modell enthaltenen Kontextvariable, nämlich der Salienz rechter Themen. Verwendet wird hier der (mit dem Stimmenanteil gewichtete) mittlere Anteil der Programme der etablierten Parteien, der den Themen der Extremen Rechten gewidmet ist. Empirisch erreicht dieser Wert ein Maximum von 24 Prozent (im Vorfeld der Wahl zum dänischen Folketing im Jahr 2001). Dies entspricht einem maximalen Anstieg des Logits um 2,1 Punkte.

Um das Zusammenspiel der Kontextmerkmale "Arbeitslosenquote", "Asylbewerberquote" und "sozialstaatliche Leistungen" mit den Individualmerkmalen "arbeitslos" und "Arbeiter" abzubilden, enthält das Modell eine Vielzahl von Interaktionstermen. Dadurch ergeben sich bereits auf der Ebene der Logits nicht-lineare Zusammenhänge, die die numerische Interpretation der Koeffizienten erschweren, da sich der erwartete Effekt der Kontextmerkmale in Abhängigkeit von der Gruppenzugehörigkeit aus der gewichteten Summe von Haupteffekten und diversen multiplikativen Termen ergibt. Die signifikanten Haupteffekte für die Merkmale "Arbeiter" und "arbeitslos" die beide den Logit der Rechtswahl in einer ähnlichen Größenordnung wie die Merkmale "männlich" und "Jungwähler" beeinflussen, gelten deshalb nur für einen Kontext mit durchschnittlicher Arbeitslosen-, Asylbewerber- und Lohnersatzquote.¹¹

¹⁰ Der Indikator kann Werte zwischen +1,5 und -1,5 annehmen.

¹¹ Da diese drei Kontextvariablen zentriert wurden, also einen Mittelwert von null aufweisen, fallen unter diesen Bedingungen alle Interaktionsterme weg.

In allen übrigen Kontexten werden die Effekte der betreffenden Variablen vom Niveau der übrigen Variablen beeinflusst. Eine erste Interpretationsmöglichkeit besteht deshalb darin, diese Summe zu maximieren, indem alle drei Kontextvariablen über den Bereich ihrer empirisch beobachteten Werte variiert werden, bis das globale Maximum gefunden ist. Dies entspricht einer politischen Konstellation, von der – sofern das Modell gültig ist – die Extreme Rechte maximal profitieren würde.

Für die Referenzgruppe der Angestellten, Beamten, Pensionäre und Angehörigen der "petty bourgeoisie"¹² ergibt diese Analyse ein wenig überraschendes Ergebnis: maximal sind die Wahlchancen der extremen Rechten dann, wenn die sozialstaatlichen Leistungen bei Arbeitslosigkeit sich an ihrem empirischen Minimum bewegen, während Arbeitslosen- und Asylbewerberquote jeweils ihr empirisches Maximum erreichen. In diesem Fall würde sich der Logit massiv, nämlich um 4,5 Punkte erhöhen. In der politischen Realität ist dies allerdings eine sehr unwahrscheinliche Konstellation: Zum einen ist die Kombination von sehr hoher Arbeitslosigkeit und minimalen Leistungen im westeuropäischen Kontext ökonomisch unplausibel und zudem politisch extrem riskant. Zum anderen ist ein politisches System mit diesen Parametern offensichtlich kein sehr attraktives Zielland für potentielle Immigranten.¹³

Für die Gruppen der Arbeitslosen und der Arbeiter zeigt die Analyse jedoch, dass das Potential der Extremen Rechten dann sein Maximum von 3,8 bzw. 4 Punkten auf der logistischen Skala erreicht, wenn die Asylbewerberquote sich am oberen, die Arbeitslosenquote und die Lohnersatzleistungen hingegen am *unteren* Rand der empirisch beobachteten Werte bewegen. Unter diesen Umständen würde ein Anstieg der Arbeitslosenquote *ceteris paribus* zu einem Rückgang der Rechtswahl führen.¹⁴

Auch hier ist jedoch wieder zu berücksichtigen, dass die Kombination aus niedriger Arbeitslosigkeit, niedrigen Sozialleistungen und hohen Asylbewerberquoten zumindest im westeuropäischen Kontext empirisch praktisch nicht vorkommt. Es besteht deshalb die Gefahr, dass Prognosen über solche kontrafaktischen Situationen, für die kaum empirische Daten vorliegen, von der Modellspezifikation dominiert werden (King/Zeng 2006).

Die abschließenden graphischen Analysen beschränken sich deshalb für jede der drei Kontextvariablen auf die mittleren Quartile, d.h. auf Werte, die als "durchschnittlich" gelten können.¹⁵ Abbildung 1 zeigt zunächst, wie sich der Logit für die Angehörigen der Referenzgruppe in Abhängigkeit von den Kontextvariablen verändert. Dabei zeigt der linke Teil der Grafik Szenarien, in denen das Niveau der sozialen Sicherung unterdurchschnittlich ist.¹⁶ Die von links oben nach rechts unten verlaufenden Linien sind dabei wie die Höhenli-

¹² Die beiden letzten Gruppen können als Teil der Referenzgruppe betrachtet werden, da sich ihre Effekte trotz der sehr hohen Fallzahlen nicht signifikant von null unterscheiden.

¹³ Auf der Ebene der Kontexte besteht eine schwache positive Korrelation von $r=0,3$ zwischen den Leistungen bei Arbeitslosigkeit und der Asylbewerberquote. Die Korrelation zwischen der Arbeitslosen- und der Asylbewerberquote liegt bei $r=-0,26$, während die Korrelation zwischen der Höhe der Lohnersatzleistungen und der Arbeitslosenquote bei $r=-0,20$ liegt.

¹⁴ Einen solchen kontraintuitiven Zusammenhang berichten auf Grundlage anderer Daten z.B. Knigge (1998) und Arzheimer/Carter (2006).

¹⁵ Die mittleren, d.h. das zweite und das dritte Quartil, umfassen jeweils 25 Prozent der Fälle, die unmittelbar links bzw. rechts des Medians liegen. Diese Prozedur stellt sicher, dass in der graphischen Analyse keine Konstellationen berücksichtigt werden, die bezüglich dieser Kontextvariable als "ungewöhnlich" gelten können. Damit werden allerdings keineswegs alle empirisch seltenen *Kombinationen* von Kontextvariablen ausgeschlossen: Nur zwölf Prozent aller Kontexte liegen in den mittleren Quartilen aller drei Kontextvariablen.

¹⁶ Die für die Grafiken gewählten Werte von -5 und 15 entsprechen wiederum dem ersten und dritten Quartil.

nien auf einer topographischen Karte zu verstehen. Die Punkte, die auf der Linie liegen, repräsentieren alle Kombinationen von Arbeitslosen- und Asylbewerberquote, die einen identischen Einfluss auf den Logit der Rechtswahl haben. Beispielsweise wird im linken unteren Teil von Abbildung 1a für eine (zentrierte) Asylbewerberquote von $-0,45$ in Verbindung mit einer (zentrierten) Arbeitslosenquote von $-0,9$ eine Reduktion des Logits um $0,3$ Punkte erwartet. Eine etwas niedrigere Asylbewerberquote von $-0,7$ in Kombination mit einer etwas höheren Arbeitslosenquote $-0,25$ führt – ebenso wie alle anderen Kombinationen, die auf dieser Linie liegen – zur selben Prognose.

Aus dem diagonalen Verlauf der Linien lässt sich ablesen, dass über den ganzen hier betrachteten Wertebereich von Arbeitslosenquote und Asylbewerberzahlen eine Zunahme beider Kontextvariablen *ceteris paribus* zu einem Anstieg des Logits und damit der Wahrscheinlichkeit führt. Die Krümmung der Linien ist gering. Dies bedeutet, dass beide Variablen auf der Ebene der Logits im Wesentlichen additiv zusammenwirken und es nicht zu ausgeprägten Interaktionen kommt. Der relativ große Abstand der Linien impliziert, dass zumindest in diesem Wertebereich und auf diesem Niveau der sozialen Absicherung bei einer Veränderung der Kontextbedingungen Auswirkungen auf das Wahlverhalten zu erwarten sind, die zwar inhaltlich bedeutsam, aber nicht notwendigerweise dramatisch sind. So würde selbst bei einer Arbeitslosenquote, die $1,5$ Prozentpunkte über dem Durchschnitt liegt, der Logit der Rechtswahl nur um etwa $0,3$ Punkte ansteigen, wenn sich die Asylbewerberquote vom ersten zum dritten Quartil (also von $-0,7$ nach $0,6$) verändert.

Abbildung 1: Der Effekt von Arbeitslosenquote, Asylbewerberquote und Lohnersatzleistungen auf die Wahl der Extremen Rechten (Referenzgruppe)

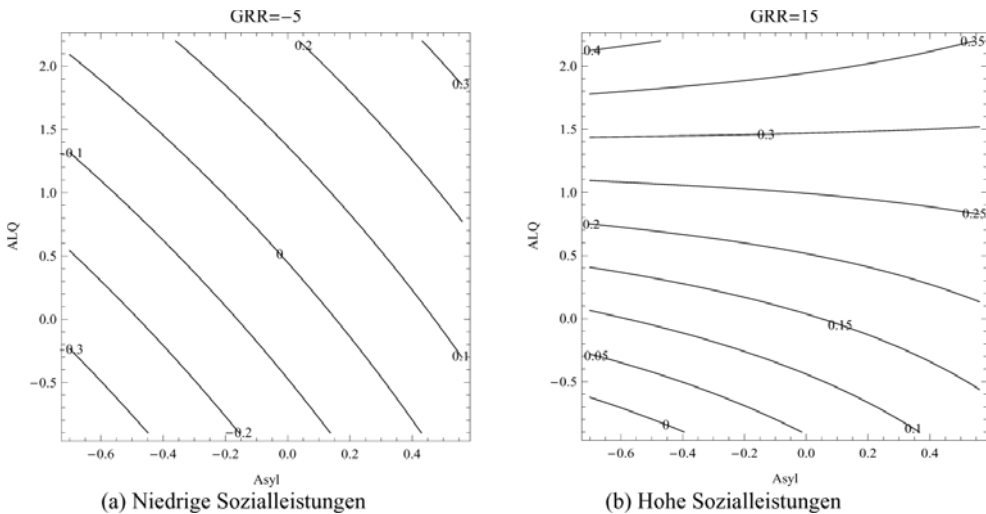
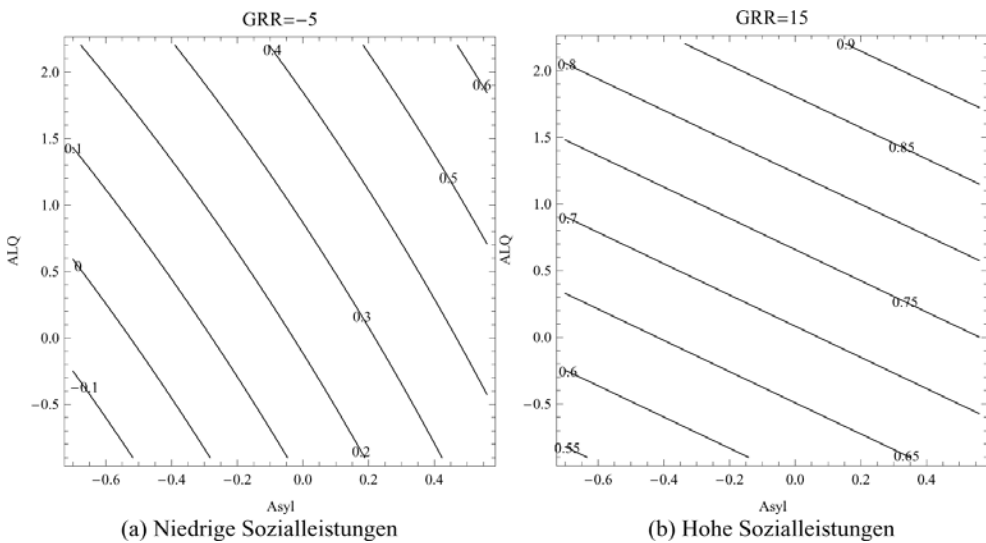


Abbildung 1b zeigt, dass ein klar überdurchschnittliches Niveau der Leistungen bei Arbeitslosigkeit in der Referenzgruppe zu einer Abflachung der Effekte von Asylbewerber- und Arbeitslosenquote führt: Bei einem gegebenen Niveau einer der beiden Variablen hat eine Veränderung der anderen Variablen jeweils eine relativ geringfügige Wirkung. Insbe-

sondere bei hoher Arbeitslosigkeit bleibt ein Anstieg der Asylbewerberquote praktisch ohne Folgen für das Wahlverhalten. Andererseits ist nun das erwartete Niveau der Rechtswahl bei niedrigen Asylbewerberzahlen (also in der linken Hälfte von Abbildung 1b) deutlich höher, was im Sinne des von Kitschelt (1995) beschriebenen "Wohlfahrtschauvinismus" gedeutet werden könnte.¹⁷ Wenn man bereit ist, diese Ergebnisse kausal zu interpretieren, so bedeutet dies, dass sozialstaatliche Leistungen *ceteris paribus* zwar möglicherweise die Unterstützung für die Extreme Rechte erhöhen (weil es gilt, den Sozialstaat im Sinne der "Préférence Nationale" gegen die Fremden zu verteidigen?), zugleich aber zu einer Entkopplung der Rechtswahl von den objektiven Kontextbedingungen führen.

Abbildung 2: Der Effekt von Arbeitslosenquote, Asylbewerberquote und Lohnersatzleistungen auf die Wahl der Extremen Rechten (Arbeiter)



Die graphische Analyse der Modellschätzungen für die Gruppe der Arbeiter (Abbildung 2) führt zu grundsätzlich ähnlichen Ergebnissen. Bei näherer Betrachtung zeigen sich allerdings einige subtile, aber wichtige Unterschiede. Sind die Sozialleistungen niedrig, reagieren Arbeiter in gleicher Weise wie Nicht-Arbeiter auf die Kontextbedingungen, sind aber eher bereit, die Extreme Rechte zu wählen. Unter identischen Rahmenbedingungen beträgt die Differenz in den Logits etwa 0,3 Punkte (Abbildung 2a vs. 1a). Zudem verlaufen die Linien für die Arbeiter etwas steiler, d.h. Arbeiter reagieren etwas stärker auf einen Anstieg der Asylbewerberquote als Nicht-Arbeiter. Dies steht in Einklang mit Theorien der ethnischen Konkurrenz um Arbeitsplätze für Geringqualifizierte.

Ein höheres Niveau der Sozialleistungen führt auch für die Arbeiter zu einer Abschwächung des Effektes, den Veränderungen der Kontextbedingungen auf den Logit der Rechtswahl haben (Abbildung 2b). Betrachtet man in beiden Grafiken nur die beiden Extrempunkte niedrige Arbeitslosigkeit/niedrige Zuwanderung (unten links) und hohe Arbeitslosigkeit/hohe Zuwanderung (oben rechts) und

¹⁷ Für den von Kitschelt verwendeten Terminus "welfare state chauvinism" gibt es keine exakte Übersetzung.

keit/hohe Zuwanderung, so beträgt der maximale erwartete Anstieg des Logits für beide Gruppe rund 0,35 Punkte. Allerdings ist über den gesamten Wertebereich hinweg bei den Arbeitern die in Abbildung 1b zu verzeichnende Abflachung der Kurven erkennbar schwächer ausgeprägt. Selbst bei großzügigen Sozialleistungen werden Arbeiter also häufig etwas empfindlicher auf einen Anstieg der Asylbewerberzahlen reagieren als Nicht-Arbeiter. Außerdem ist der mit höheren Sozialleistungen einhergehende Anstieg der Wahlbereitschaft zugunsten der Extremen Rechten bei den Arbeitern deutlich stärker ausgeprägt als bei den Nicht-Arbeitern. Vergleichen man unter diesem Gesichtspunkt noch einmal die Abbildungen 1b und 2b, so zeigt sich, dass die erwartete Differenz in den Logits beider Gruppen nun bei 0,55 Punkten liegt. Anders gewendet zeigt sich in Kontexten mit einem ausgebauten Sozialstaat (noch) deutlicher, dass es sich bei den Parteien der Extremen Rechten, wenn man die Wählerschaft als Kriterium anlegt, um Arbeiterparteien handelt.

Abbildung 3: Der Effekt von Arbeitslosenquote, Asylbewerberquote und Lohnersatzleistungen auf die Wahl der Extremen Rechten (Arbeitslose)

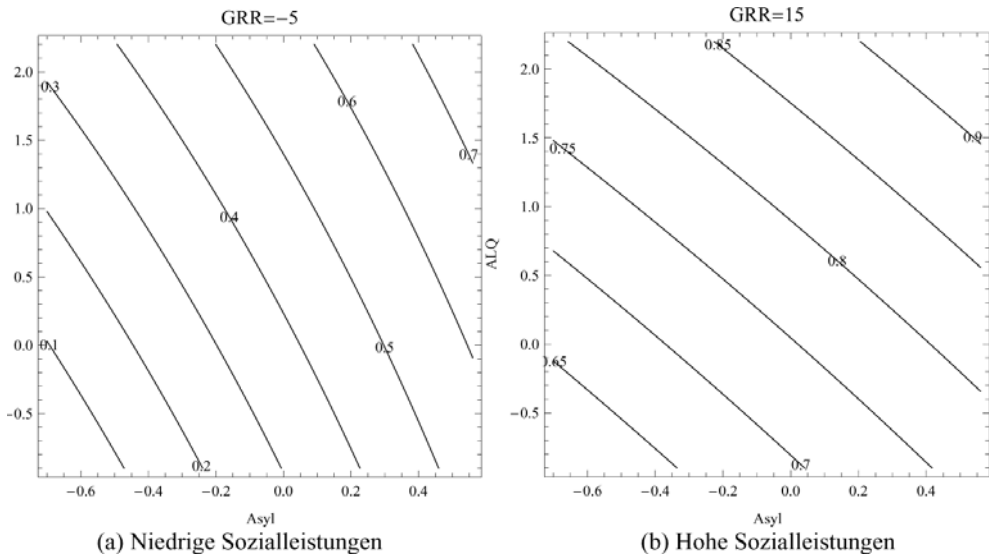


Abbildung 3 zeigt schließlich die Ergebnisse für die Gruppe der Arbeitslosen. Im Fall niedriger Sozialleistungen ergibt sich hier ein Bild, das im wesentlichen mit den Befunden für die Referenzgruppe und die Arbeiter identisch ist (Abbildung 3a). Allerdings ist in jeder der hier untersuchten Kombinationen von Arbeitslosen- und Asylbewerberquote für die Gruppe der Arbeitslosen der erwartete Logit nochmals etwas höher als in der Gruppe der Arbeiter.

Ist das Niveau der Sozialleistungen überdurchschnittlich (Abbildung 3b), reagieren Arbeitslose auf Veränderungen der Arbeitslosen- und Asylbewerberquoten in ähnlicher Weise wie die Gruppe der Arbeiter. Allerdings fällt die in der Residualgruppe deutlich ausgeprägte Abflachung der Linien, d.h. die Entkoppelung von den Veränderungen des sozio-ökonomischen Kontextes, hier noch geringer aus als bei den Arbeitern. Zugleich kommt es wie bei den Arbeitern zu einem generellen (massiven) Anstieg der Wahlbereitschaft zugunsten

der Extremen Rechten, was wiederum im Sinne "wohlfahrtschauvinistischer" Vorstellungen interpretiert werden kann.

5. Fazit und Diskussion

Ausgangspunkt für diesen Beitrag waren Jürgen Falters Ergebnisse zum Einfluss von Klasse und Arbeitslosigkeit auf die Wahl der NSDAP. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass mehr als siebenzig Jahre nach dem elektoralen Durchbruch der Nationalsozialisten und vor einem völlig veränderten sozialen, politischen und ökonomischen Hintergrund beide Faktoren immer noch einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis der Wahlerfolge der Extremen Rechten in Westeuropa leisten. Erwartungsgemäß wird ihre Wirkung durch zwei weitere Kontextfaktoren – den massenhaften Zustrom von niedrigqualifizierten Immigranten, den es so in den 1920er Jahren nicht gab, und dem modernen Sozialstaat, der als Reaktion auf die politisch-ökonomischen Krisen der Zwischenkriegszeit geschaffen wurde – moderiert.

Ähnlich wie in der Zwischenkriegszeit begünstigt die kontextuelle Arbeitslosigkeit (die als grober Indikator für das Gefühl der Bedrohung durch Arbeitslosigkeit interpretiert werden kann) die Wahl der extremen Rechten. Zugleich zeigt sich, dass ein ausgebautes soziales Sicherungssystem generell die Wahlbereitschaft zugunsten der Extremen Rechten erhöht, zugleich aber zumindest in der Gruppe der Angestellten, Beamten und Pensionäre die politischen Konsequenzen von Arbeitslosigkeit und Zuwanderung abzufedern scheint.

Bei den Arbeitern und Arbeitslosen, die zu den schwächsten Gruppen in der Gesellschaft gehören, ist dieser Mechanismus weniger stark ausgeprägt. Insbesondere Arbeitslose, die in Kontexten mit hoher Arbeitslosigkeit und hoher Zuwanderung leben und (noch) von hohen Sozialleistungen profitieren, haben eine sehr hohe Neigung, für die Extreme Rechte zu stimmen. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Befunde für die Gegenwart erkennbar von Falters Ergebnissen für die Weimarer Republik. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Arbeitslosenquoten damals weitaus höher, die Sozialleistungen hingegen praktisch kaum vorhanden waren.¹⁸

Zweifelsohne ist die Bonn-Berliner Republik nicht mit Weimar zu vergleichen, und die Extreme Rechte der Gegenwart unterscheidet sich in einer ganzen Reihe von wichtigen Aspekten von den faschistischen und nationalsozialistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit. Dennoch sind gewisse Parallelen zwischen dem "nationalen Sozialismus" der Vergangenheit und der Kombination aus Ausländerfeindlichkeit und wirtschaftlichem Protektionismus, mit der zumindest einige der modernen Rechtsparteien um die Stimmen der Arbeiter- und unteren Mittelschichten werben, unübersehbar.

Vor annähernd 15 Jahren hat Herbert Kitschelt (1995) in seiner frühen komparativen Studie zur neuen Rechten in Westeuropa zwischen marktliberalen ("New Radical Right") Parteien einerseits und "wohlfahrtschauvinistischen" Parteien andererseits unterschieden.

¹⁸ Setzt man in das hier geschätzte Modell Arbeitslosen- und Lohnersatzquoten ein, die nach heutigem Standard extrem hoch bzw. niedrig sind, schwächt sich der positive Effekt der individuellen Arbeitslosigkeit interessanterweise zusehends ab und wird bei niedrigen Zuwanderungsquoten sogar negativ. Solche Simulationen sind jedoch aus den oben dargelegten Gründen wenig aussagekräftig, da sie weit von den in der Realität beobachteten Werten, auf deren Grundlage das Modell geschätzt wurde, entfernt liegen.

Letztere, so Kitschelts damaliges Urteil, hätten keine elektorale Zukunft, weil sie zu sehr den wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen des alten Rechtsextremismus verhaftet seien.

Diese Prognose hat sich offensichtlich als falsch erwiesen. Die generelle Abwendung der Extremen Rechten vom Marktliberalismus, das unbeirrte Festhalten einiger Rechtsparteien an ihrem Traditionsbestand und die Ergebnisse dieses Beitrages sprechen vielmehr dafür, bei der Analyse der modernen Rechtsparteien und ihrer Wähler die Ergebnisse der historischen Rechtsextremismusforschung nicht aus dem Blick zu verlieren.

Literatur

- Arzheimer, Kai, 2008a: Die Wähler der extremen Rechten 1980-2002. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Arzheimer, Kai, 2008b: Protest, Neo-Liberalism or Anti-Immigrant Sentiment: What Motivates the Voters of the Extreme Right in Western Europe?, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 2: i. E.
- Arzheimer, Kai/Carter, Elisabeth, 2006: Political Opportunity Structures and Right-Wing Extremist Party Success, in: European Journal of Political Research 45, 419-443.
- Arzheimer, Kai/Schoen, Harald/Falter, Jürgen W., 2001: Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten, in: Stöss, Richard/Schubarth, Wilfried (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Leske + Budrich, 220-245.
- Betz, Hans-Georg, 1999: Contemporary Right-Wing Radicalism in Europe, in: Contemporary European History 8, 299-316.
- Beyme, Klaus von, 1988: Right-Wing Extremism in Post-War Europe, in: von Beyme, Klaus (Hrsg.), Right-Wing Extremism in Western Europe. London: Frank Cass, 1-18.
- Falter, Jürgen W., 1979: Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924-1933, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 29, 3-21.
- Falter, Jürgen W., 1981: Radicalization of the Middle Classes or Mobilization of the Unpolitical? The Theories of Seymour Martin Lipset and Reinhard Bendix on the Electoral Support of the NSDAP in the Light of Recent Research, in: Social Science Information 20, 389-430.
- Falter, Jürgen W., 1984: Politische Konsequenzen von Massenarbeitslosigkeit, in: Politische Vierteljahresschrift 25, 275-295.
- Falter, Jürgen W., 1986a: Die erste moderne Integrationspartei? Historische Wahlforschung und die Kontroverse um das Wählerpotential der NSDAP, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.03.1986, 33.
- Falter, Jürgen W., 1986b: Unemployment and the Radicalisation of the German Electorate 1928-1933: An Aggregate Data Analysis with Special Emphasis on the Rise of National Socialism, in: Stachura, Peter D. (Hrsg.), Unemployment and the Great Depression in Weimar Germany. London: Macmillan, 187-209.
- Falter, Jürgen W., 1990: Arbeiter haben erheblich häufiger, Angestellte dagegen sehr viel seltener NSDAP gewählt als wir lange Zeit angenommen haben: Ein Rückblick auf das Projekt "Die Wähler der NSDAP 1928-1933", in: Geschichte und Gesellschaft 16, 536-552.
- Falter, Jürgen W./Lohmöller, Jan-Bernd/Link, Andreas/de Rijke, Johann, 1985: Hat Arbeitslosigkeit tatsächlich den Aufstieg der NSDAP bewirkt? Eine Überprüfung der Analyse von Frey und Weck, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 191, 121-136.
- Falter, Jürgen W., 1991: Hitlers Wähler. München: C. H. Beck.

- Fennema, Meindert/Pollmann, Christopher, 1998: Ideology of Anti-Immigrant Parties in the European Parliament, in: *Acta Politica* 33, 111-138.
- Fuchs, Dieter/Kühnel, Steffen M., 1994: Die evaluative Bedeutung ideologischer Selbstidentifikation, in: Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 217-252.
- Gibson, Rachel K., 2002: *The Growth of Anti-Immigrant Parties In Western Europe*. Lewiston: Edwin Mellen Press.
- Golder, Matt, 2003: Explaining Variation in the Success of Extreme Right Parties in Western Europe, in: *Comparative Political Studies* 36, 432-466.
- Hagtvet, Bernt, 1994: Right-wing Extremism in Europe, in: *Journal of Peace Research* 31, 241-246.
- Hainsworth, Paul, 1992: Introduction. The Cutting Edge. The Extreme Right in Post-War Western Europe and the USA, in: Hainsworth, Paul (Hrsg.), *The Extreme Right in Europe and the USA*, London: Pinter, 1-28.
- Ignazi, Piero, 2002: The Extreme Right. Defining the Object and Assessing the Causes, in: Schain, Martin/Zolberg, Aristide/Hossay, Patrick (Hrsg.), *Shadows Over Europe. The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe*, New York: Palgrave, 21-37.
- Jackman, Robert W./Volpert, Karin, 1996: Conditions Favouring Parties of the Extreme Right in Western Europe, in: *British Journal of Political Science* 26, 501-521.
- Jahoda, Marie/Lazarsfeld, Paul F./Zeisel, Hans, 1975: *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- King, Gary/Rosen, Ori/Tanner, Martin/Wagner, Alexander F., 2008: Ordinary Economic Voting Behavior in the Extraordinary Election of Adolf Hitler, in: *The Journal of Economic History* 68, 951-996.
- King, Gary/Zeng, Langche, 2006: The Dangers of Extreme Counterfactuals, in: *Political Analysis* 14, 131-159.
- Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hrsg.), 1989: *Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa*. Wien: Europaverlag.
- Kitschelt, Herbert, 1995: *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis* [unter Mitarbeit von Anthony J. McGann]. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea/Bara, Judith/Budge, Ian/McDonald, Michael D., 2006: *Mapping Policy Preferences II. Comparing 24 OECD and 24 CEE Countries, 1990-2003*. Oxford: Oxford University Press.
- Knigge, Pia, 1998: The Ecological Correlates of Right-Wing Extremism in Western Europe, in: *European Journal of Political Research* 34, 249-279.
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein, 1967: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, in: Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein, (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York/London: Collier-Macmillan, 1-64.
- Lubbers, Marcel/Gijsberts, Mérove/Scheepers, Peer, 2002: Extreme Right-Wing Voting in Western Europe, in: *European Journal of Political Research* 41, 345-378.
- News Team, 2008: BNP Policies. <http://www.bnp.org.uk/2008/02/bnp-policies/> (27.08.2008): British National Party.
- OECD, 1992: *Trends in International Migration*. SOPEMI. Paris: OECD.
- OECD, 2002: *Benefits and Wages*. OECD Indicators. Paris: OECD.
- OECD, 2003: *OECD Employment Outlook. Towards More and Better Jobs*. Paris: OECD.
- OECD, 2004: *Quarterly Labour Force Statistics (4)*. Paris: OECD.
- Olzak, Susan, 1992: *The Dynamics of Ethnic Competition and Conflict*. Stanford: Stanford University Press.
- Pappi, Franz Urban, 1990: Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik. Protesterscheinung oder politische Alternative?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40, 37-44.
- Payne, G., Stanley, 1995: *A History of Fascism, 1914-1945*. Madison: University of Wisconsin Press.
- Pettigrew, Thomas F., 1998: Reactions toward the New Minorities of Western Europe, in: *Annual Review of Sociology* 24, 77-103.